



Baden-Württemberg

VERTRETUNG DES LANDES BEI DER EUROPÄISCHEN UNION

Baden-Württemberg in Brüssel / Brüssel in Baden-Württemberg

I. Zu Wort gemeldet ...



„Europa“ nicht nur „Sonntagsthema“; mit neuen Initiativen wollen wir EU-Themen nachhaltig zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, MdL
Minister für Bundes- und Europa-angelegenheiten und des Staatsministeriums

Bei den [Europawahlen](#) am 7. Juni 2009 haben zwölf Bewerber aus dem Land und damit einer mehr als im Jahr 2004 den Sprung ins EU-Parlament geschafft. Von der CDU ziehen sechs Kandidaten wieder ins neu gewählte EU-Parlament ein: Rainer Wieland, Daniel Caspary, Andreas Schwab, Elisabeth Jeggle, Ingeborg Gräßle und Thomas Ulmer; die Sozialdemokraten stellen mit Evelyne Gebhardt und Peter Simon zwei, wobei Peter Simon zum ersten Mal dabei sein wird. Die Grünen aus Baden-Württemberg sind mit Heide Rühle und Franziska Katharina Brantner (neu) und die FDP mit Silvana Koch-Mehrin und Michael Theurer (neu) künftig im EU-Parlament jeweils mit zwei Abgeordneten vertreten.

Ich gratuliere den neu gewählten Abgeordneten und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Wir wollen die Interessen des Landes in Straßburg und Brüssel gemeinsam vertreten.

In Baden-Württemberg lag die [Wahlbeteiligung mit 51,9%](#) wieder deutlich über dem Bundesdurchschnitt (43,3%) und auch über dem [EU-Durchschnitt \(43,1%\)](#). Dies zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Südwesten aktiv in die europäische Willensbildung einbringen wollen. Wir waren wohl auch mit unseren EU-Kampagnen etwas erfolgreicher als andere.

Europäische Entscheidungsprozesse transparenter zu machen ist eine langfristige Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen. Auch wenn die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg überdurchschnittlich war, ist es mir wichtig, dass wir weiter daran arbeiten, politische Prozesse in Brüssel verständlicher darzustellen und nachvollziehbar zu machen.

Aus diesem Grund entwickelt die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg derzeit im Rahmen des [EU-Projekts VoiceS](#) gemeinsam mit baden-württembergischen und italienischen Experten ein ca. 15-minütiges digitales Lernspiel, das es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in realistischen Szenarien an einem simulierten EU-Gesetzgebungsprozess teilzunehmen.

II. Ihre Ideen sind gefragt!

Hier finden Sie eine Auswahl aktueller Stellen- und Projektausschreibungen auf europäischer Ebene sowie neuer Konsultationen der EU auf einen Blick.



Auswahl neuer Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen für EU-Fördermittel

[Erasmus-Hochschulcharta](#). Frist: 30. Juni 2009.

[Energieprojekte](#). Frist: 15. Juli 2009.

[Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung](#). Frist: 14. August 2009.

[Weiterentwicklung und Umsetzung des europäischen Qualifikationsrahmens](#). Frist: 14. August 2009.

MEDIA 2007: [Förderung der Vernetzung und der Mobilität von Studierenden und Ausbildern in Europa](#). Frist: 19. August 2009.

Großübungen/Gemeinschaftsverfahren für den [Katastrophenschutz](#). Frist: 20. August 2009.

[Öko-Innovationen](#). Frist: 10. September 2009.

[Zusammenarbeit zwischen der EU und Australien, Japan und der Republik Korea im Bereich der Hochschul- und Berufsbildung](#). Frist: 15. September 2009.



Auswahl neuer Konsultationen der EU-Kommission zu neuen Vorhaben auf EU-Ebene

[Design als treibende Kraft für benutzerzentrierte Innovation](#). Frist: 26. Juni 2009.

[Europäische Finanzaufsicht](#). Frist: 15. Juli 2009.



Auswahl neuer Stellenausschreibungen der EU o.a. Einrichtungen mit EU-Bezug

Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten sucht [Direktor](#) (m/w). Frist: 30. Juni 2009.

EU-Kommission (GD SANCO) schreibt Stelle eines [Direktors](#) (m/w, Dienstort „Lebensmittel- und Veterinäramt“, Irland) aus. Frist: 17. Juli 2009

Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sucht eine/n [Informationsbeauftragte/n](#).

Bewerber im Hinblick auf die [Erstellung einer Datenbank potenzieller unabhängiger Sachverständiger zur Unterstützung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts \(EIT\)](#) gesucht.

III. Aktuelles aus Brüssel und Baden-Württemberg

Baden-Württembergs Donau-Initiative erfolgreich: EU-Gipfel greift Thema auf!

Vertreter aus dem Donaauraum unterzeichneten am 6. Mai in [Ulm eine Erklärung](#) mit dem Ziel, den Donaauraum in seiner gesamteuropäischen Bedeutung zu stärken und die vielfältigen Kooperationen in den Bereichen Energie und Umwelt, Verkehr und Infrastruktur, berufliche Bildung und Mobilität, Forschung, Innovation, Kunst und Kultur, nachhaltiges Wirtschaften und Tourismus weiter auszubauen. Beim EU-Gipfel am 18./19. Juni gaben die EU-Staats- und Regierungschefs der EU-Kommission den Auftrag bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donaauraum vorzulegen ([Schlussfolgerungen Ziffer 34](#)). „Damit hat die EU die von uns beharrlich vorangebrachte Donau-Initiative zu ihrem eigenen Anliegen gemacht. Das ist ein großer Erfolg für die Donauländer und eine Wertschätzung unserer politischen Arbeit zur Stärkung des Donaupraumes“, so Ministerpräsident Oettinger und Europaminister Prof. Dr. Reinhart.

Baden-Württemberg zentrale Kraft beim Thema Donau im Ausschuss der Regionen

Der Entwurf der „Donau-Stellungnahme“ von Minister Prof. Dr. Reinhart wurde in der Fachkommission RELEX des Ausschusses der Regionen mit überwältigender Mehrheit angenommen; die Annahme im AdR-Plenum ist für Oktober geplant. Baden-Württemberg wird auch in der neuen Interregionalen Gruppe „Donaauraum“ im AdR mit Vertretern aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien sowie mit Gastmitgliedern aus Kroatien und Serbien die Nase vorne haben. Landtagspräsident Straub wurde zu deren Vorsitzenden gewählt.

EU-Kommission legt Vorschlag für neue EU-Strategie für den Ostseeraum vor

2007 hatten die EU-Staats- und Regierungschefs die EU-Kommission aufgefordert, eine solche Strategie für die Makro-Region Ostseeraum zu entwickeln.

„Östliche Partnerschaft“ zwischen EU und östlichen Nachbarn im Mai besiegelt

EU-Kommissarin Hübner stellt Bericht über Kohäsionspolitik nach 2013 vor

Der [Barca-Bericht](#) ist Teil des Reflexionsprozesses zur Regionalpolitik nach 2013 und enthält Empfehlungen für eine umfassende Reform basierend auf den Säulen: 1.) Konzentration auf Kernprioritäten, 2.) Neuer strategischer Rahmen, 3.) Neue vertragliche Beziehung für die Durchführung und Berichterstattung, 4.) Stärkung der Kernprioritäten, 5.) Förderung des Mehrwertes, innovative und flexible Ausgaben, 6.) Förderung "neuer" Projektideen/Mobilisierung lokaler Akteure, 7.) Förderung des Lernprozesses: Schritt hin zu künftigen Bewertungen der Auswirkungen, 8.) Stärkung der Rolle der EU-Kommission als „Kompetenzzentrum“, 9.) Auseinandersetzung mit der Finanzverwaltung und -kontrolle, 10.) Stärkung der gegenseitigen Kontrolle.



Schwedens EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2009 ganz im Zeichen von Transparenz, Effektivität, Dialog

Als Schwerpunkte werden Klimaschutz, Umwelt und Energie (v.a. mit Blick auf die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen Ende des Jahres), Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit (u.a. durch Öffnung der Märkte weltweit) sowie ein „sicheres“ und „offenes“ Europa (u.a. durch einen konstruktiven Umgang mit dem Thema Immigration) behandelt. Darüber hinaus wird die Diskussion zu dem EU-Haushalt nach 2013 (Finanzielle Vorausschau 2014-2020) weiter an Fahrt gewinnen. Eine Herausforderung wird auch sein, dass aufgrund der neuen Zusammensetzung des EU-Parlaments und einer neuen EU-Kommission im 2. Halbjahr zwei wichtige EU-Institutionen evtl. noch nicht voll „operabel“ sein werden.

Karlsruhe, Prag, Dublin und „Lissabon“ ...

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird am 30. Juni das Urteil zur Vereinbarkeit des Reformvertrags von Lissabon mit dem Grundgesetz verkünden. Es ist Voraussetzung für die Ratifizierung in Deutschland. Weiter hat der tschechische Senat dem Lissabon-Vertrag zugestimmt; aber: Präsident Klaus kündigte an, seine Unterschrift zu verweigern. Positive Signale gibt es von der „Grünen Insel“: Irlands Premier hat ein zweites Referendum für Anfang Oktober angekündigt.



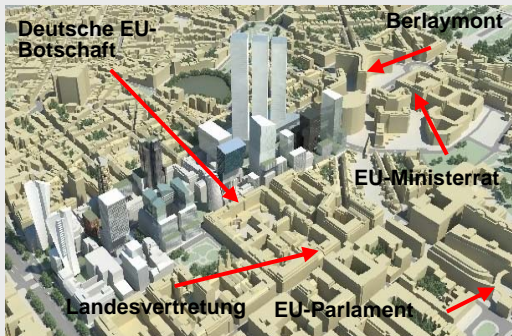
Die Rue de la Loi heute ...



und vielleicht in Zukunft ...

Planungen zur Neugestaltung des Brüsseler EU-Viertels bekommen Gesicht...

Die EU-Gebäude nehmen insgesamt 1,9 Mio. Quadratmeter Bürofläche in Brüssel ein, von denen eine Million von der Kommission genutzt werden. Die Kommission belegt über 50 Gebäude im Stadtgebiet. Jetzt sollen zentrale Teile des EU-Viertels umgestaltet werden. Der Entwurf des internationalen Teams um den französischen Architekten Christian de Portzamparc sieht eine „symbolische Umgebung für die EU-Institutionen“ vor, so EU-Kommissions-Vize Kallas. Er gebe dem europäischen Projekt Körper und Seele und stelle der Kommission dringend benötigten Platz für neue Büros bereit. Anders als andere Entwürfe sieht dieser Entwurf keine Untertunnelung der Rue de la Loi vor, dafür aber z.T. über 100 Meter hohe Bürotürme zwischen der Kreuzung Arts-Loi und der Metrostation Maelbeek. Die Kommission und die Regierung der Hauptstadtregion Brüssel planen 400.000 m² auf beiden Seiten der Rue de la Loi in die Bauarbeiten einzubeziehen. Die nächsten Schritte sind: Öffentliche Vorstellung des Gewinnerentwurfs im Juni 2009, sowie von Entwürfen der engeren Auswahl. Herbst 2009: Präsentation des endgültigen Entwurfs. 2011: Beginn der Bauarbeiten. Bis zum Abschluss der Bauarbeiten im EU-Viertel werden insgesamt wohl an die 15 Jahre vergehen, so rechnen Experten.



Das „neue“ EU-Viertel entlang der Rue de la Loi: oben rechts im Bild der Rond Point Schuman mit Berlaymont- und Ratsgebäude; unten links die Avenue des Arts mit Türmen links und rechts der Rue de la Loi.

Neues aus dem Innen- und Justizbereich

Die EU-Kommission hat [ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung des so genannten Haager Programms im Bereich „Freiheit, Sicherheit und Recht“](#) vorgestellt. Dieses Rahmenprogramm soll bis Ende 2009 als „Stockholmer Programm“ formal beschlossen werden.



„Ran an die Manager-Gehälter“

Die EU-Kommission hat als Konsequenz aus der Finanzkrise [Empfehlungen](#) zur Vergütung von Managern und von Mitarbeitern in risikoträchtigen Geschäftsbereichen vorgestellt. Darin sind als wesentliche Neuerungen vorgesehen:

- 1.) Abfindungszahlungen sollen begrenzt werden (max. das feste Gehalt von zwei Jahren), bei Fehlleistungen sollen diese ganz gestrichen werden können.
- 2.) Es wird ein Gleichgewicht zwischen fester und variabler Vergütung vorgeschrieben. Die variable Vergütung soll zum Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt ausbezahlt werden, wenn der Erfolg tatsächlich eingetreten ist.
- 3.) Kriterien wie langfristiges Wachstum und Nachhaltigkeit sollen sich in der Vergütungsstruktur wiederfinden.
- 4.) Unternehmen können Vergütungen zurückfordern, wenn die Zahlung auf Grundlage falscher Daten erfolgte.
- 5.) Transparenz der Vergütungsstrukturen.
- 6.) Aufsichtsbehörden sollen die Anwendung der neuen Regeln überwachen. Konkrete Legislativvorschläge der EU-Kommission werden in ca. einem Jahr folgen.

[Bericht zur erneuerten Sozialagenda vom Plenum des EU-Parlaments verabschiedet](#)

Ziel ist eine bessere Verknüpfung von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. Es sollen für die Zeit nach 2010 über den stärkeren Einsatz der „Offenen Methode der Koordinierung“ neue messbare, verbindliche und quantitative soziale Ziele und Indikatoren entwickelt werden. Prioritäten legt der Bericht u.a. auf die Reform der Sozialmodelle, Verbesserung von Bildung und Beschäftigung, Stärkung der Arbeitnehmerrechte, bessere Einbindung der Zivilgesellschaft (insbesondere bei der Erarbeitung eines „Sozialpaktes“) und die verbesserte Integration von Migranten. Weiter werden Mitgliedstaaten und Sozialpartner aufgefordert, durch Regelungen wie Mindestlöhne oder andere rechtliche, allgemeinverbindliche Regelungen „existenzsichernde menschenwürdige Löhne“ über Sozialhilfeniveau zu gewährleisten. In Deutschland besteht schon jetzt die Möglichkeit, sektorspezifisch Mindestlöhne festzusetzen, falls soziale Verwerfungen drohen.

Verkehrssünder aufgepasst: (noch) keine einheitliche Bestrafung ... !



Verstöße gegen vorgeschriebene EU-Lenk- und Ruhezeiten sowie die Aufzeichnung von Fahrten-schreibern werden in den EU-Ländern sehr unterschiedlich bestraft, so ein [Bericht](#) der EU-Kommission.

Bereits im Januar hat die Kommission erste Schritte eingeleitet, um gegen die Diskrepanzen bei der Umsetzung der "Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr" durch die Mitgliedstaaten vorzugehen. Dazu hat sie den EU-Mitgliedstaaten Leitlinien zur Kategorisierung von Verstößen an die Hand gegeben.

EU wird Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energien bis 2010 insgesamt verfehlen - Deutschland aber Musterschüler!

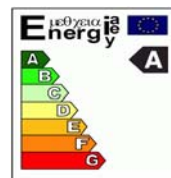
So das Ergebnis eines [Berichts](#) der EU-Kommission. Die wenigsten Länder konnten wie Deutschland ihre nationalen Ziele verwirklichen. Allerdings schätzt die EU-Kommission die Lage optimistisch ein. Mit der EU-Richtlinie über Erneuerbare Energien sollen Hindernisse, wie bürokratische Hürden oder unzureichende Zugänge zu Stromnetzen, abgebaut werden, so dass das Fernziel - die Erhöhung des Anteils von „Erneuerbaren“ auf 20% bis 2020 - erreicht werden kann.

Steuerungsgruppe soll Maßnahmen zur Anpassung an Klimawandel koordinieren

Anfang April hat die EU-Kommission ein Weißbuch zu den [Folgen des Klimawandels für Europa](#) veröffentlicht. Der Forschungsprozess und die Erarbeitung konkreter Anpassungsmaßnahmen soll durch eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten koordiniert werden, die Anfang September gegründet werden soll.

Ökodesign-Richtlinie soll auf energie-relevante Produkte ausgeweitet werden

Der zwischen EU-Parlament und EU-Ministerrat ausgehandelte Kompromiss über die Revision der [Öko-design-Richtlinie](#) wurde Ende April vom Plenum des EU-Parlaments angenommen: Jetzt sind auch energie-relevante Produkte betroffen. Als energie-relevante Produkte gelten Produkte, die selbst keine Energie verbrauchen, sondern sich indirekt auf den Energieverbrauch auswirken. Dazu gehören z.B. Duschköpfe, Fenster oder Isolationsmaterialien. Vor allem aufgrund der vagen Definition von „energie-relevanten Produkten“ in der Richtlinie warnen deutsche Wirtschaftsverbände vor einer Überregulierung durch die Ausweitung des Geltungsbereichs.



EU-Parlament: Geltungsbereich für Energieverbrauchsangaben-Richtlinie erweitert, aber ohne Einführung neuer Energieklassen

Nach Wunsch des EU-Parlaments soll die [RL über Energieverbrauchsangaben](#) auch auf energierelevante Produkte ausgeweitet werden und die Kennzeichnung für Energie verbrauchende Produkte, die bisher nur für Haushaltsgeräte galt, betrifft nun auch die Sektoren Gewerbe und Industrie. Die Energielabels in Form von Klassen A-G, die die Kunden über Energieverbrauch und Umwelteigenschaften der Produkte informieren, sollen nach dem Wunsch der EU-Abgeordneten beibehalten werden. Eine Übertragung der neuen Kennzeichnungsklassen, die die EU-Kommission letzten Monat für Kühlschränke und Fernsehgeräte beschloss, wurde abgelehnt. Separat davon stoppte das EU-Parlament die Einführung der neuen Kennzeichnungsklassen für Fernsehgeräte. Ein neuer Kühlschrank soll nun künftig mit A-20% etikettiert werden, wenn er 20% weniger Energie verbraucht als ein Gerät der jetzigen Klasse A.

[Mehr Transparenz bei Online-Flugbuchung](#)

Die EU-Kommission arbeitet an einer Branchenvereinbarung, um EU-weit einheitliche Rahmenbedingungen für Fluggesellschaften sowie hohe Standards bei der Gestaltung von Websites zu gewährleisten.

Neues „Handwerkszeug“ im Bereich Verbraucherschutz vorgelegt

Die EU-Kommission legte vor: [Leitlinien](#) zur Meldung gefährlicher Verbrauchsgüter, neuer [Online-Ratgeber „eYou-Guide“](#) über Sicherheit bei Online-Geschäften sowie [Länderbericht](#) Deutschland u.a. über Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz

Deutsches Handwerk für beste Idee zum Bürokratieabbau ausgezeichnet

Der Vorschlag des ZDH sieht vor, Handwerksbetriebe bei Kurzfahrten (Vorschlag: bis zu 150 km) von der Benutzung eines Fahrtenschreibers zu befreien.

Was kann der EU-Bürgerbeauftragte, Nikiforos Diamandouros, für KMU tun?

Diamandouros bietet KMU die Chance, Beschwerden über EU-Institutionen Gehör zu verschaffen. Klassische Beschwerdefälle seien verspätete Zahlungen der EU-Institutionen an externe Dienstleister. Besonders konfliktträchtig seien auch Bereiche, die der Finanzkontrolle unterliegen, insbesondere bei EU-Projekten und den damit verbundenen Nachweispflichten.

Hochschule Karlsruhe für Studentemobilität als einzige deutsche Uni mit EU-Qualitätspreis ausgezeichnet

Neues beim Thema Bildung und Jugend

In der neuen [Mitteilung der EU-Kommission „Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“](#) soll ein bereichsübergreifender Ansatz verfolgt und die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode verstärkt werden. Übergeordneten Zielen (Chancen, Zugangsmöglichkeiten, Solidarität) werden Aktionsbereiche (Bildung, Beschäftigung, Kreativität/Unternehmergeist, Gesundheit, Partizipation, Integration, Freiwilligentätigkeit, Globales) mit spezifischen Einzelzielen und Aktivitäten zugeordnet. Außerdem hat der EU-Minister rat [Schlussfolgerungen zum strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung](#) mit Prioritäten für 2009-2011 als auch längerfristige Zielsetzungen bis 2020 sowie neue EU-Durchschnittsbezugswerte („Benchmarks“) für den Bildungsbereich angenommen. Angenommen wurden u.a. auch Schlussfolgerungen zur Partnerschaft zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen.

Weiteres aus dem EU-Parlaments-Ticker ...

Parlament nimmt [Maßnahmenpaket zur Verbesserung des EU-Asylsystems und zur Stärkung der Asylbewerberrechte](#) an: Abgeordnete für mehr Solidarität zwischen EU-Ländern, kostenlose Rechtsberatung für Asylbewerber und angemessene Aufnahmebedingungen -- **stopp** -- Bericht zur Änderung der Mutterschutzrichtlinie vom Plenum zurückgewiesen; somit wird sich der Ausschuss nach der Neuwahl des Parlaments erneut mit dem Dossier befassen müssen. Das Parlament plädiert im Bericht zur Gleichbehandlungsrichtlinie Selbständiger dafür, dass mitarbeitende Ehefrauen die Dauer ihres Mutterschaftsurlaubs entsprechend den besonderen Bedürfnissen der Selbständigkeit frei wählen dürfen (mehr zum Thema [hier](#)) -- **stopp** -- Parlament nimmt [5-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket](#) an: 4 Mrd. € für Energieinfrastruktur und 1 Mrd. € für Breitbandausbau im ländlichen Raum und zum "Health-Check" der EU-Agrarpolitik.

IV. Personalialia



Freiburger Solarforscher Adolf Goetzberger zu „Europäischem Erfinder des Jahres“ gekürt

Für seinen Beitrag zur kommerziellen Nutzung der Solarenergie wurde der Gründer und langjährige Leiter des Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme in der Kategorie „Lebensleistung“ ausgezeichnet.



Von Schramberg im Schwarzwald in die „weite Welt“: Franz Baumann rückt ganz weit hoch bei der UNO

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat den Baden-Württemberger Baumann (geb. 1953 in Schramberg) zum Beigeordneten Generalsekretär ernannt. Franz Baumann graduierte in Sozialwissenschaften und öffentlicher Verwaltung an der Uni Konstanz und promovierte in Politikwissenschaften in Ottawa (Kanada).

V. „Der Volltreffer“



Hätten Sie´s gewusst ...? Der 23. Juni ist der UNO-Tag des öffentlichen Dienstes!

Die UNO hat im Jahr 2002 beschlossen, den 23. Juni zum UNO-Tag für den öffentlichen Dienst zu erklären, und „legt [...] nahe, an diesem Tag besondere Veranstaltungen zu organisieren, um den Beitrag des öffentlichen Dienstes zum Entwicklungsprozess hervorzuheben.“ Also: Seien Sie nett zu den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, nicht nur am 23. Juni ... - [Alle UNO-Tage auf einen Blick gibt´s hier](#).

VI. In eigener Sache



Den deutschen Fußball nach Brüssel geholt



Bei der Präsentation des Deutschen Fußball-Bunds diskutierten u.a. Ministerpräsident Oettinger, DFB-Präsident Zwanziger, DFB-Generalsekretär Niersbach, die ehemaligen Nationalspieler Bierhoff, Seeler und Beckenbauer sowie die Präsidentin des Organisationskomitees für die Frauenfußball-WM 2011 in Deutschland, Steffi Jones, die „gesellschaftliche Verantwortung des Fußballs“, das Thema „Fußball und die EU“ sowie die „Auswirkung und Nachhaltigkeit von Sport-Großereignissen“. Mit von der Partie war auch der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes Bach.

Schwarzwald und Donau - meine Favoriten!

Neuerdings können Sie bei [new7wonders](#) in der Rubrik „Natur“ diese Räume als Ihre Favoriten nominieren ...

VII. Terminvorschau der Landesvertretung Brüssel



1. Juli - „Finissage“ der Photoausstellung „Brechungen - Rumänische Bildräume 1924-1944“ des Fotografen Willy Pragher